Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2 pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7782.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 22. Donnerstag, den 26. Januar 1899. 10 Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Sorgen um die Volksgesundheit.

Es ist rührend, wie sehr die deutsche Regierung und besonders die deutschen Agrarier um die Gesundheit der deutschen Arbeiter besorgt sind — wenn es sich um die Einfuhr von billigen amerikanischen Fleischwaaren handelt. Eher wollen sie den Arbeiter total auf vegetarische Kost setzen, eher werden sie ihn verkümmern lassen, als daß in seinen Magen ein Stückchen amerikanischer Wurst kommt, die nicht vorher unter die Lupe genommen worden war. Wir sind weit davon entfernt, anzunehmen, daß die amerikanischen Großschlächter ihr Geschäft nur zu dem Zweck betreiben, um als Wohlthäter der Menschheit zu erscheinen; wir wissen sehr gut, daß sie sich keine Gewissensbisse daraus machen würden, das Volk in Massen zu vergiften, wenn das ihnen nur Geld in Haufen einbringt, — aber ebenso wenig glauben wir an die zärtliche Fürsorge um die Volksgesundheit, welche die ostelbischen Junker dabei zur Schau tragen. Was frisches Fleisch ist, weiß der Arbeiter eben so gut, wie der Gutsherr oder Fabrikant, und er würde sich ein englisches Beefsteak eben so gut schmecken lassen, wie dieser, — wenn er statt dessen ein Endchen billiger Wurst kauft, so geschieht es, weil ihm das Geld auch dazu noch kaum reicht. Schafft Geld in die Tasche des Arbeiters, erhöht die Löhne, — und dann wird er schon selbst am besten für seinen Magen und seine Gesundheit sorgen. Aber die Löhne hält man knapp und die Lebensmittelpreise hält man hoch, — wenn der Arbeiter dann unter ungenügender Nahrung verkümmert, so soll er den Herren danken, daß sie ihm den Genuß von Fleisch verwehren, das vielleicht verdorben sein könnte. Wir sind keine Gegner der Lebensmittelkontrolle — das ist wie mit der Fabrikinspektion, wenn man dem Unternehmerthum nicht gewisse Schranken setzt, verdirbt es Kraft und Gesundheit der Arbeiter —, aber wir sind dagegen, daß man die Lebensmittelkontrolle so einrichtet, daß dadurch die Deckung des Lebensmittelbedarfs der Arbeiter eingeschränkt wird. Schafft gesunde Lebensmittel, aber vertheuert sie nicht. Ist das möglich? Gewiß.

Wir wollen uns hier nicht in einen Streit darüber einlassen, wie weit die Lebensmittelkontrolle gehen muß, was nothwendig und was bloß eine Schikanirung ist. Mag sein, daß die Einfuhr bestimmter Fleischwaaren direkt verboten werden muß, wir wollen es für einen Augenblick zugeben, — aber dann fordern wir: Hebt die Viehzölle auf! Weg mit den Vieheinfuhrverboten! Man rühmt sich der Fleischbeschau, die in Deutschland besteht, und noch mehr derjenigen, welche nunmehr durch Reichsgesetz eingeführt werden soll, — nun wohl denn, wenn das Vieh in Deutschland geschlachtet wird, dann ist das Fleisch gut, wir können also ohne Sorgen sein. Schafft uns billiges Vieh ins Land, und wir bekommen billiges Fleisch. „Ja, aber die Seuchen“, rufen die Agrarier. „Aber das ist doch nicht mehr die Sorge um die Volksgesundheit“, antworten wir. Verseuchtes Vieh wird nicht geschlachtet, dafür sorgt die musterhafte deutsche Fleischbeschau. „Aber die Verluste der Landwirthe“, heißt es weiter. Diesem ist leichter abgeholfen, als dem Fleischmonopol, das Mittel heißt: Viehversicherung! Mögen doch die Landwirthe ihr Vieh gegen Seuchen versichern, wie sie ihre Häuser gegen Brand versichern, dann wird ihnen der Schaden gedeckt. Was sie dabei an Prämien zu bezahlen hätten, beträgt viel weniger, als was das Volk an dem durch Verhinderung der Vieheinfuhr vertheuerten Fleisch und Schmalz mehr zu bezahlen hat. Diese Viehversicherung thut den Landwirthen auch sonst noth, denn die Seuchen brauchen nicht erst eingeschleppt zu werden, auch so sterben in Deutschland 3 Prozent des Viehbestandes jährlich an Seuchen. Aber zu gleicher Zeit, wo die Agrarier gegen das angeblich schädliche amerikanische Fleisch ins Feld ziehen, suchen sie mit aller Macht die theuren Fleischpreise aufrecht zu erhalten.

Wir erklären weiter: beseitigt die Getreidezölle. Wenn das Volk schon das Fleisch entbehren soll, so gebt ihm wenigstens mehr Brot und weniger Kartoffeln zu verzehren. Wenn das Brot billiger ist, kann der Arbeiter auch eher etwas mehr für Fleisch ausgeben.

Wir hätten noch andere Vorschläge, doch auch das genügt, um jene Leute zu kennzeichnen, die Fürsorge um die Volksgesundheit heucheln und selbst durch ihre Ausnutzung an der Kraft des Volkes zehren.

Folgen der Ausweisungspolitik.

Ueber die Verluste der deutschen Exportindustrie in Dänemark in Folge der Ausweisungspolitik gehen der „Freisinnigen Zeitung“ fortgesetzt Originalmittheilungen deutscher Fabrikanten zu. Der Vertreter mehrerer Firmen in Kopenhagen schreibt, daß Herr von Köller seinem Lande „einen wahren Bärendienst“ geleistet habe. Ueberall begegnen die Agenten deutscher Häuser Abweisungen. Eine große Werkzeugmaschine im Werthe von 30,000 Mark wurde nach Amerika begeben, obgleich das deutsche Fabrikat 10 Prozent billiger sich stellte. Die dänischen Staatsbahnen sollen für etwa 2 Millionen Mark Lokomotiven ausgeschrieben und dabei die ausdrückliche Ordre ertheilt haben, die Lokomotiven nicht an deutsche Firmen zu begeben.

Eine Zuschrift aus Oberstein klagt darüber, daß, wie die Hanauer und Pforzheimer, so besonders auch die Oberstein-Idarer Industrie, die sehr viel nach Dänemark exportirt haben, durch die Köllersche Ausweisungspolitik sehr empfindlich in Mitleidenschaft gezogen werde. Aus dem Bezirk Oberstein-Idar gehen speziell Uhrketten in sehr respektabeln Posten nach Dänemark, ferner viele unechte und Silber-Bijouterie.

Die „artigen“ Konservativen.

Die konservative Partei sucht das Dekorum staatserhaltender Regierungsfreundlichkeit wieder zu gewinnen. Die Junker haben nicht mehr nöthig, in der Maske agrarischer Revolutionäre zu frondiren, seitdem die preußischen Minister bewiesen haben, daß sie den Junkern auch „sonst noch was können“. Herr von Diest-Daber hat es heute nicht mehr nöthig, sich über eine mangelhafte Berücksichtigung seines Wunsches zu entrüsten. Andererseits stachelt das Zentrum, seitdem es den Loyalitätsfrack angezogen hat, den Brotneid der Konservativen zu Bekundungen unentwegter Antherthanentreue an. So hat sich denn die konservative Partei entschlossen, ein Versöhnungsopfer zu bringen. Der Bock, der in die Wüste der Mißachtung gejagt wird, ist Herr v. d. Gröben-Arenstein. Man hat ihn aus der konservativen Reichstagsfraktion ausgeschlossen, weil er den preußischen Minister für Landwirthschaft, Herrn von Hammerstein-Loxten, eine Null genannt hat. Das wird sicher so manchem strebsamen konservativen Parlamentarier die Wege ebnen, die er zu schleichen hat, um „nicht als Landrath zu sterben“.

Militärisches.

Zu unserem Artikel unter dieser Ueberschrift in Nr. 16 der „Volkswacht“ sendet uns der kommandirende General des 14. Armee-Korps, von Bülow, in Karlsruhe, folgende Berichtigung, die eine genauere Darstellung des dort erwähnten Vorfalles aus den Untersuchungsakten giebt:

Karlsruhe, 20 Januar 1899.

General-Kommando
14. Armee-Corps
Sect. III. J.-Nr. 320/33.

„In einer Zuschrift aus Lahr vom 19. Oktober v. J. hatte der „Volksfreund“ von einer dort vorgekommenen Soldaten-Mißhandlung berichtet und das Regiments-Commando um Einleitung einer Untersuchung ersucht. Der Tambour Zorn des Infanterie-Regiments Nr. 169 sollte danach von dem Bataillonstambour, Unteroffizier Ried, angeblich Ohrfeigen und Rippenstöße erhalten haben.

Dieses Vorkommniß ist in der Nummer 3 Ihrer Zeitung vom 7. Januar d. J. erneut zum Gegenstande einer längeren Erörterung gemacht worden. Es wird behauptet, Zorn habe anfänglich geleugnet, von Ried gemißhandelt worden zu sein. Er sei aber zwei Civilzeugen gegenübergestellt worden, in deren Gegenwart er zuvor erklärt hatte, der Fall sei gerade so verlaufen, wie er im „Volksfreund“ geschildert worden war. Durch das sichere Auftreten der zwei Zeugen in die Enge getrieben, habe er schließlich zugegeben, daß er von Ried „gestoßen“ worden sei. Der Wechsel in den Aussagen des Zorn habe die Militärbehörde veranlaßt, von der Vernehmung des Haupt- und Augenzeugen, des Arbeiters Huck, abzustehen und das Verfahren zu schließen, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß die ganze Wahrheit an den Tag kommen könne.

Nach den gerichtlichen Untersuchungs-Akten hat der Bataillons-Tambour Ried alsbald nach dem Erscheinen der ersten Notiz im „Volksfreund“ eine gerichtliche Untersuchung selber beantragt. Tambour Zorn ist bei seinen gerichtlichen Aussagen stets konsequent geblieben. Er gab an, es sei ihm schwer gefallen, beim „Wecken“ im Gehen den richtigen Tritt einzuhalten. Der Bataillons-Tambour sei zuerst neben ihm marschirt, um ihm den richtigen Tritt vorzumachen. Als dies noch keinen Erfolg hatte, sei er hinter ihm marschirt und habe, um ihn in den Tritt hinein zu bringen, ihm auf die Hacken getreten. Auch sei er, Zorn, beim Vorbeimarsch mehrmals zurückgeschickt worden. Dabei habe ihn Ried am Kopfe berührt und ihn herumgeschoben, weil der „Befehl“ zurück in Folge des Lärms, den die in unmittelbarer Nähe übenden Spielleute verursachten, schwer zu verstehen war. Ein besonderes Schmerzgefühl hätten diese Thätlichkeiten nicht hervorgerufen.

Bei diesen, mit den Aussagen sämmtlicher anderer Spielleute übereinstimmenden Angaben beharrte Zorn, auch nachdem er dem Zeugen, Zimmermann Hardter, gegenübergestellt worden war. Letzterer hatte, in Begleitung des Arbeiters Huck, seiner Zeit den Zorn auf der Straße angehalten und ausgefragt, und Zorn hatte hierbei allerdings die Vorkommnisse im Sinne des Ausfragers bejaht.

Der einzige Augenzeuge des Vorfalles aus dem Zivilstande, Arbeiter Huck, hatte inzwischen nach behördlicher Angabe, seinen Wohnsitz von Lahr nach Schopfheim verlegt. Eine Requisition an das Amtsgericht Schopfheim um seine Vernehmung kam unerledigt zurück, weil Huck, nachdem ihm die Ladung vor das Amtsgericht zugestellt worden war, sich von Schopfheim entfernt habe und sein Aufenthalt nicht zu ermitteln sei. Das gericht-

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kretzer.

34) (Nachdruck verboten.)

Und vor seinen schweren Augenlidern zog die bescheidene Häuslichkeit seiner Eltern vorüber: mit ihren vorväterlichen, abgenutzten Möbeln, der Entbehrung jeglichen Luxus', der verkörperten Beschränktheit gutmüthiger, aber in der Entwickelung der Gesellschaft zurückgebliebener Leute. Ein Geruch von Arbeit, von herabfallenden Spähnen, Staub und Schweiß, der das ganze Haus durchzog, stieg vor ihm auf . . . Und hier — wie anders die Luft, wie rein, verheißungsvoll . . .

„Morgen, Herr Urban, mein Wort darauf!“

„Bravo, mein lieber Timpe, ich hatte das von Ihnen erwartet . . . Wahrhaftig, man will schon aufbrechen, sehen Sie nur. Aber zuvor stoßen wir noch einmal an: auf das, was wir lieben . . .“

Als Franz Timpe nach ungefähr zehn Minuten einen herzhaften Händedruck von Emma empfangen und das Haus verlassen hatte, begann in der Weinlaune seine Phantasie sich mächtig zu entfalten, so daß er einmal halblaut vor sich hinsprach: „Urban und Timpe! Hört sich nicht schlecht an, wahrhaftig nicht! . . .“

IX.

Franz bekennt Farbe.

Der letzte Schnee war kaum von den Dächern verschwunden, die grimmige Kälte einer milderen Temperatur gewichen, als auf dem Neubau wieder emsig gearbeitet wurde. Aber der große Maurerstreik, der während der ersten Sommermonate herrschte, machte Urban einen argen Strich durch die Rechnung.

Man schrieb das Jahr 1873. Ein industrieller Schwindel hatte die gesammte Gesellschaft erfaßt; die Gründungen auf Aktien schossen wie Pilze aus der Erde. Kapital und Arbeit standen sich schroff gegenüber. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter feierte Triumphe, denn eine seltene Einigkeit beseelte die unteren Massen. Die Ansprüche der Niederen und Enterbten steigerten sich mit dem Golddurst der Reichen und Begüterten. An Hunderten von Bauten Berlins wurde nur zeitweise gearbeitet. Man streikte einfach so lange, bis man die Forderung bewilligt bekommen hatte. Zum Unglück war die Nachfrage nach Arbeitskräften stärker als das Angebot. So kam es denn, daß zu Urbans großem Verdruß das Bauen langwieriger wurde und mit größeren Opfern verbunden war, als er erwartet hatte. Erst im Frühjahr des folgenden Jahres standen die Fabrikgebäude vollendet da, und es bedurfte noch des ganzen Sommers von 1874 zur Einrichtung und Ausstattung der inneren Räume.

Die Mauer, die das Nachbargrundstück getrennt hatte, und an welche sich so mannigfache Erinnerungen knüpften, war niedergerissen worden. An ihrer Stelle ragte nun die kahle Kehrseite des Kesselhauses. Zwei Mal noch im Laufe des vergangenen Sommers hatte Urban den Versuch gemacht, die Timpes zum Verkaufe ihres Grundstückes zu bewegen. Als er endlich einsah, daß jede fernere Mühe nutzlos sei, ließ er das Maschinenhaus direkt an das Gärtchen bauen, obgleich der ursprüngliche Plan ein anderer war. Er wollte wenigstens durch irgend etwas seine Rache beweisen. Nur ein wenige Fuß breites Stück des alten Gemäuers ließ er in gleicher Höhe neu ersetzen, als wollte er symbolisch den Weg andeuten, auf dem er sich dereinst Eingang in die verschlossene Welt zu verschaffen gedenke.

Was Meister Timpe anbetraf, so hatte gerade diese Chikane einen tiefen Groll in ihm gegen den Nachbar erzeugt: eine mächtig in ihm emporflammende feindselige Stimmung, die selbst die Rücksicht auf seinen Sohn nicht mehr umzuwandeln vermochte. Als der Bau wiederholt ruhen mußte, konnte er seine Genugthuung nicht verschweigen, und als der Schornstein des Kesselhauses in Angriff genommen wurde, wartete er mit einer gewissen Schadenfreude auf die Vollendung desselben.

„Wehe ihm, wenn er ihn nicht so hoch bauen läßt, daß wir unter dem Qualm nicht zu leiden haben“, sagte er wiederholt zu seinen Gesellen. „Ich will schon dafür sorgen, daß er ein neues Gerüst bauen läßt und einige Längen seiner Nase zugiebt.“

Urban aber ließ sich keinen Verstoß gegen die Gesetze der Nachbarschaft zu schulden kommen. Immer höher und höher thürmte der Riesenschlot sich von Tag zu Tag auf und als die Gerüstabnahme beendet war und Timpe zum ersten Mal die steinerne Riesensäule klar und scharf vom Horizont sich abheben sah, und mit weit hintenübergebeugtem Haupte zu dem Blitzableiter emporblickte, der sie krönte, erschien sie ihm nun doppelt so hoch, als er anfänglich angenommen hatte. Die erste Befürchtung wurde nun durch eine zweite verdrängt: daß der Schornstein eines Tages niederstürzen könnte, um das Dach seines Hauses zu zerschmettern. Es kamen Tage, wo Timpe fortwährend in dieser Einbildung lebte. Und als eines Nachts ein arger Herbststurm über die Dächer Berlins brauste und arge Verwüstungen anrichtete, vermochte er nicht ruhig zu schlafen. Er erhob sich von seinem Lager, ging zum ersten Stockwerk empor und blickte eine ganze Stunde lang zum Flurfenster hinaus, um das leise Schwanken des Schornsteins zu beobachten — trotz des Regens, der ihm das Gesicht peitschte.

Noch vor Weihnachten wurde die Fabrik in Betrieb gesetzt. Der Tag, an dem zum ersten Male der dunkle Qualm aus dem Schlot zum Himmel stieg, war für Johannes Timpe und seine Gesellen ein ereignißreicher.

(Fortsetzung folgt.)

liche Verfahren hat daraufhin eingestellt werden müssen. Nach dem Ergebnisse der Untersuchung hat sich der Bataillons-Tambeur, Unteroffizier Ried, nicht einer Mißhandlung, wohl aber einer vorschriftswidrigen Behandlung seines Untergebenen, des Tambours Zorn, schuldig gemacht und ist dieserhalb disziplinarisch bestraft worden.

Ebenso ist Tambour Zorn disziplinarisch bestraft worden, in Folge seines wahrheitswidrigen Verhaltens, wie es aus den Widersprüchen zwischen seinen Angaben dem Zeugen Hardter gegenüber und aus seinen gerichtlichen Aussagen zu Tage getreten ist.“

Wie aus den hervorgehobenen Stellen ersichtlich, legt die Berichtigung den Hauptwerth darauf, daß die Einstellung des Verfahrens nur erfolgt ist, weil der Aufenthalt des einzigen Augenzeugen nicht mehr zu ermitteln war, nicht aber, wie wir dem „Volksfreund“ entnommen hatten, weil Zorn seine Aussagen geändert hatte. Die Folgerung, daß das Verfahren geschlossen worden sei, „um der Möglichkeit vorzubeugen, daß die ganze Wahrheit an den Tag kommen könne“ ist von uns in der betreffenden Notiz gar nicht gezogen worden.

Zur Fleischvertheuerung.

Das Schweinefleisch im Kleinhandel kostete nach einer Zusammenstellung der vom Statistischen Bureau in Berlin herausgegebenen „Statist. Korr.“ im Kalenderjahr 1898 für den Durchschnitt des ganzen Königreichs Preußen 1,30 Mark pro Kilo, das sind 7 Pfg. mehr als im Vorjahr und im Erntejahr 1997/98 durchschnittlich 1,38 Mark oder 12 Pfg. mehr als im Vorjahr. Was wollen Angesichts dieser amtlich festgestellten Thatsache, daß im Durchschnitt des ganzen Jahres für das ganze Königreich das Schweinefleisch pro Pfund 7 Pfg. theurer war als im Vorjahr, alle agrarischen Ableugnungen der Fleischtheuerung bedeuten!

Der Preußische Städtetag, auf dem 100 Städte durch 183 Delegirte vertreten waren, ist am Dienstag Nachmittag geschlossen worden, nachdem er sich in der Frage der Besteuerung der Waarenhäuser fast einstimmig für folgenden von Adickes-Frankfurt und Bender-Breslau eingebrachten Antrag ausgesprochen hatte:

„1. Es kann nicht die Aufgabe der Gesetzgebung sein, die fortschreitende Entwickelung des Kleinhandels-Großbetriebes, soweit sie dem Entwickelungsgange des gesammten Wirthschaftslebens entspricht, mit gesetzgeberischen Maßregeln zu bekämpfen. 2. Dagegen ist eine der wirthschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit der Handelsbetriebe entsprechende Umgestaltung der gewerblichen Besteuerung als eine Anforderung der Billigkeit und Gerechtigkeit zu bezeichnen. 3. Die Festsetzung der Einzelheiten einer solchen Besteuerung muß wegen der örtlichen Verhältnisse den Gemeinden überlassen bleiben. Dazu ist jedoch erforderlich, daß durch Staatsgesetz eine anderweite Grundlage der gewerblichen Besteuerung geschaffen werde. 4. Außerdem ist es Sache des Staates, die steuerliche Bevorzugung der Genossenschaften aufzuheben und der unmittelbaren und mittelbaren Förderung großkapitalistischer Kleinhandelsbetriebe auch in der Form der Genossenschaften vorzubeugen.“

Die Galgenskizzen. Nach der „Bresl. Ztg.“ haben die Baumann'schen „Galgenskizzen“ die amtlichen Kreise beschäftigt, und es wird eine Untersuchung angekündigt. „Zudem soll der Aufsatz Baumanns bei der Berathung des Kolonialetats zur Sprache gebracht werden.“ Er wird zur Sprache gebracht werden.

Der Anarchisten will sich auch die [illegible] Polizei vergewissern. Vor einigen Tagen wurde eine Anzahl hiesiger Anarchisten nach dem Polizeibureau bestellt, wo ihre Personalien genau festgestellt wurden. Auch eine Handschriftenprobe wurde verlangt und merkwürdigerweise erklärten sich auch sämmtliche der Zitirten bereit, eine solche zu geben. Das Ansinnen, Messungen vorzunehmen, wurde nicht erfüllt.

Eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung wird Zeitungsnachrichten zufolge von der Reichsregierung vorbereitet, welche für Geschäftsangestellte eine zehnstündige, ununterbrochene Ruhezeit und einstündige Tischzeit, falls außerhalb des Geschäfts gespeist wird, vorschreibt. Ausnahmen werden für Weihnachten, zur Inventur u. [illegible] zugelassen. Falls zwei bis drei Geschäftsinhaber es beantragen, kann von der Ortsbehörde ein obligatorischer Geschäftsschluß von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens mit dem Verbot des Hausirhandels während dieser Zeit verfügt haben. — Man wird abzuwarten haben, welche thatsächlichen Absichten der Regierung diesen Zeitungsmeldungen zu Grunde liegen.

Ausland.

Die Lage in Belgien.

Die Ministerkrisis ist beendet, die Herren de Nayer und Nyssens, in dem klerikalen Ministerium immer noch die liberalsten und Befähigtsten, sind durch die Abgeordneten Liebaert und Cooreman ersetzt. Der Kriegsminister Vandenpeereboom, der „Sultan des Königs“ hat provisorisch die Ministerpräsidentschaft übernommen. Die im Amte gebliebenen Minister und ihre zwei neu eingetretenen Kollegen sind also bereit, die von Leopold II. geplanten Wahlrechts-Verschlechterungen vor der Kammer zu vertreten. Der jetzige Plan geht dahin, durch eine neue Wahlkreiseintheilung die Zahl der demokratischen und sozialistischen Abgeordneten zu vermindern. Das reaktionäre Land soll den Städten gegenüber bevorzugt werden. So würde z. B. die Stadt Gent mit etwa 160,000 Einwohnern nur drei Abgeordnete erhalten, während die klerikale Umgebung mit ihrer Bevölkerungszahl von 160,000 deren fünf zu wählen hätte.

Die nächsten Wahlen bringen durch die Gründung der Allianz aller oppositionellen Parteien, sofern an dem jetzigen Wahlrecht nichts geändert wird, den Klerikalen ohne Zweifel eine riesige Schlappe; es würden ihnen wenigstens 48 Sitze verloren gehen. Das ist es, was der König fürchtet, er weiß, daß er unter einem radikal-sozialistischen Ministerium noch weniger wie jetzt irgend welchen Einfluß ausüben könnte. Mit dem Verlangen der Millionen für die Kongo-Abenteuer des Königs wäre es dann endgiltig vorüber.

Die Sozialdemokraten haben beschlossen, daß, wenn der König seine reaktionären Pläne verwirklicht, sie dann sofort in eine Agitation eintreten zu Gunsten einer Revision der Verfassung, soweit sie die Stellung des Königthums bestimmt.

In der Dreyfusaffaire

kündigen die Generalstabsblätter einen neuen Zwischenfall an. Nach dieser Quelle wäre die Regierung in Folge der Enquete über die von Beaurepaire gegen Loew und Bard erhobenen Beschuldigungen thatsächlich gewillt, der Kriminalkammer die Revision des Prozesses Dreyfus zu entziehen. Andererseits erklärte der Justizminister einem Berichterstatter, die Enquete sei noch nicht beendet.

Von den Philippinen.

Etwas kleinlaut sind die Amerikaner im Angesichte ihrer philippinischen Aussichten geworden. Gestern übergab der Sekretär Agoncillos dem Staatsdepartement in Washington eine amtliche Mittheilung. Agoncillo selbst ist der Vertreter Aguinaldos bei der Union; man verhandelt also faktisch bereits mit den Philippinos als einer selbstständigen Macht. Diese Stimmung wird erklärlich, wenn man einer offiziellen Mittheilung des Staatsdepartements von Washington entnimmt, daß die dem Kriegsdepartement aus Manila zugegangenen Nachrichten „durchaus nicht beruhigend“ lauten. General Otis meldet, er nehme an, daß die Insurgenten im Begriff seien, eine Entscheidung zu erzwingen. Wenn dies der Fall sei, könne das schließliche Ergebniß nicht vorausgesehen werden. Als der gefährliche Punkt gelte Manila, nicht Ilo-Ilo.

„Das Ergebniß könne nicht vorausgesehen werden“ heißt aus dem diplomatisch-militärischen Stil ins Gemeinverständliche übersetzt: Die Amerikaner könnten leicht die schönsten Prügel bekommen.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung, Mittwoch, den 25. Januar, 1 Uhr.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Berathung des von dem Abg. Graf von Hompesch u. Gen. (Zentr.) eingebrachten Gesetzentwurfs auf Aufhebung des Jesuitengesetzes in Verbindung mit den beiden Anträgen des Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) und Rickert (freis. Vgg.), welche nicht das ganze Gesetz, sondern nur den sogenannten Expatriirungs- und Internirungsparagraphen aufgehoben wissen wollen.

Abg. Graf **v. Hompesch** (Zentr.): Bisher hat sich der Bundesrath noch nicht entschließen können, unserem und den beiden anderen Anträgen, die wiederholt vom Hause angenommen worden sind, zuzustimmen; wir möchten ihn aber jetzt zwingen, Farbe zu bekennen. Es muß endlich gleiches Recht für alle Staatsbürger geschaffen werden! Meine Freunde werden natürlich zunächst für den Zentrumsantrag stimmen, aber auch für die beiden anderen, obgleich sie nur schlechte Nothbehelfe sind.

Abg. **Rickert** (freis. Vgg.): Für den Antrag Hompesch können wir nicht stimmen, bieten aber die Hand zur Beseitigung von Ausnahmebestimmungen.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Meine Freunde werden für die Aufhebung des Expatriirungsparagraphen stimmen, dessen Spitze der Orden nicht verdient hat. Aber durch eine gänzliche Aufhebung des Jesuitengesetzes würde eine Gefahr für den konfessionellen Frieden geschaffen werden.

Abg. Fürst **Radziwill** (Pole) erklärt, daß seine Freunde mit dem Zentrumsantrag einverstanden sind.

Abg. **v. Stockmann** (Reichsp.): Meine Freunde werden für keinen der vorgelegten Anträge stimmen, denn die Jesuiten bekämpfen die evangelische Kirche.

Abg. **Hieber** (natl.): Wir werden gegen den Antrag Hompesch stimmen. Was seiner Zeit bei uns zum Jesuitengesetz führte, war das tiefe Gefühl davon, daß zwischen einem modernen, nationalen Staat und dem Jesuitenorden ein unversöhnlicher Gegensatz besteht. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch im Zentrum.) Der Orden geht in seinen moralischen Grundsätzen auf die Vernichtung aller bürgerlichen und sittlichen Grundsätze hinaus. (Lebhafte, dauernde Unruhe; Redner bleibt unverständlich; Glocke des Präsidenten.) Ein Theil unserer Freunde wird für die Aufhebung des Expatriirungsparagraphen stimmen. Aber wenn dieser § 2 (Expatriirung) aufgehoben wird, fällt ja jede Strafe für die Uebertretung des § 1 (Beitritt zum Orden). Wir wünschten mit dem Zentrum, daß der Bundesrath endlich Erklärung nehmen möge. Aber er möge allen Bestrebungen zur Aufhebung des Jesuitengesetzes ein entschiedenes „Niemals“ entgegenstellen. (Großer Lärm im Zentrum.)

Abg. **Pelzer** (Elsässer) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Hompesch stimmen.

Abg. Graf **v. Roon** (kons.): Meine evangelisch-lutherische Ueberzeugung zwingt mich, gegen jeden der drei Anträge zu stimmen. Auch ein Theil meiner Fraktionsgenossen ist dieser Ansicht.

Abg. **[illegible]** (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion wird geschlossen für den Antrag Hompesch stimmen, da wir politische Freiheit für alle Parteien verlangen. Die Anträge Limburg-Stirum und Rickert halten wir für gegenstandslos, weil uns nicht bekannt ist, daß in den letzten [illegible] Jahren überhaupt irgend ein [illegible] ausgewiesen worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung, daß der Jesuitenorden besonders staatsgefährlich ist, halten wir für ganz verfehlt. (Sehr richtig! links.) Wir meinen, die Gesellschaft der Scharfmacher sei für den Bestand des Staates weit gefährlicher als der Jesuitenorden. (Sehr richtig! und große Heiterkeit.) — Aufgefallen ist mir, daß Graf Hompesch in diesem Jahre nicht wieder betont hat: „Tauschgeschäfte sind ausgeschlossen“! Er wird schon selbst wissen, warum er es nicht gethan hat. (Sehr richtig! links.) Ich glaube nicht, daß das Zentrum für alle seine Gefälligkeiten von der Regierung etwas erreichen wird. Fürst Bismarck hat ja an den Nationalliberalen den Beweis in glänzender Weise erbracht, wie man eine Partei [illegible] (Sehr gut! links.) Schließlich stimmen wir dem Jesuitenorden auch aus dem Grunde [illegible], weil in einem [illegible] die Priesterherrschaft niemals auf die Dauer gedeihen kann. Freilich Graf Limburg-Stirum will es nicht erlauben, daß Deutschland sich zu einem [illegible] entwickelt, aber — wir werden ja sehen, ob man auf die Entwicklung auf den Herrn Grafen Rücksicht nehmen wird. (Bravo! und große Heiterkeit links.)

Abg. Dr. **Lieber** (Zentr.): Die Entwickelung der letzten fünf Jahre hat gezeigt, daß wir stets nationale Forderungen ohne jede Gegenleistung bewilligt haben, daher halten wir es heute nicht mehr nöthig, zu sagen: „Tauschgeschäfte sind ausgeschlossen“. (Abg. Singer: Ja, weil sie selbstverständlich sind! Große Heiterkeit.) Das Fernbleiben aller Bundesrathsmitglieder bei Berathung eines Antrages, der bereits mehrmals vom Hause angenommen ist, ist eine nicht scharf genug zu rügende Rücksichtslosigkeit. (Großer Beifall.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen und die zweite Lesung sofort erledigt.

Nach langer [illegible] Debatte wird auch diese geschlossen und in der darauffolgenden Abstimmung der Antrag Hompesch gegen die Stimmen der Nationalliberalen und eines Theils der Rechten angenommen; ebenso die Anträge Limburg-Stirum und Rickert.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung des Antrags Agster (Soz.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch welchen die Errichtung von obligatorischen Gewerbegerichten, die Erweiterung ihrer Kompetenz u. s. w. vorgesehen wird.

Mit zur Berathung stehen die Anträge Bassermann (natl.) auf Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte und Hitze (Zentr.) der den sozialdemokratischen Antrag in einigen Punkten abschwächt.

Abg. **Jakobskötter** (kons.) erklärt sich gegen den Antrag Agster, der lediglich agitatorischen Charakter trage. Wir wollen in ehrlicher Weise den sozialen Frieden, dem nur die Anträge Bassermann und Hitze entgegenkommen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Fischbeck** (frs. Vg.) erklärt sich gegen die Einführung besonderer kaufmännischer Schiedsgerichte und gegen die Herabsetzung der Altersgrenze für die Wählbarkeit zum Gewerbegericht. Redner wünscht die Ueberweisung aller Anträge an eine 21gliedrige Kommission.

Abg. **Bassermann** (natl.) begründet seinen Antrag. Kaufmännische Schiedsgerichte seien ein Bedürfniß in großen Städten. In kleinen Städten werden sie an die Amtsgerichte angegliedert werden müssen. Auch der Ausbau der Gewerbeordnung in Bezug auf die Einigungsämter ist wünschenswerth. Von einer Kommissionsberathung meines Antrags bitte ich abzusehen, dagegen empfehle ich die Anträge Agster und Trimborn, soweit sich dieser letztere nicht auf die kaufmännischen Schiedsgerichte bezieht, einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Werner** (Antis.) erklärt sich gegen die Unterstellung der Handlungsgehilfen unter die Gewerbegerichte, befürwortet aber die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Zubeil** (Soz.): Der Abg. v. Stumm hat gemeint, ich hätte mich mit meinen eigenen Worten in Widerspruch gesetzt, weil ich behauptet hätte, nur ein Drittel der Arbeiterschaft habe ein Interesse an den Schiedsgerichten. Ich habe das gar nicht gesagt, ich habe vielmehr erklärt, daß 31,27 Prozent der gesammten Einwohnerschaft an den Gewerbegerichten interessirt seien. Er hat dann von dem Terrorismus der Arbeiter in Berlin gesprochen, der es zu Wege gebracht habe, daß auch die Arbeitgeberbeisitzer Sozialdemokraten seien. Von 180 Arbeitgeberbeisitzer sind nur 20 Sozialdemokraten. Herr von Stumm bemängelte das Wahlverfahren. Aber mag es auch anders sein, uns Sozialdemokraten werden Sie nicht los, das sehen Sie ja bei den Zwangsinnungen, wo wir auch hinein kommen. Er hat weiter gesagt, die Arbeiterschaft habe selbst keine Freude an den Gewerbegerichten. Ich verweise ihn darauf, daß die Arbeiter in seinem eigenen Bezirk, in St. Johann, seit Jahren um die Errichtung von Gewerbegerichten petitionirt haben. Ich bitte Sie, unsern Antrag an eine Kommission zu verweisen, ich habe die feste Ueberzeugung, daß aus ihr etwas Ersprießliches für die Arbeiterschaft erreicht werden wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Jakobsen** (Hosp. freis. Vgg.) wünscht eine Reform des Wahlverfahrens. Der sozialdemokratische Antrag gehe zu weit.

Abg. **Rösicke** (wildlib.) polemisirt gegen den Abg. v. Stumm, der die Gewerbegerichte am liebsten abgeschafft sehen möchte. Ein großer Theil der Prozesse resultire aus der Unkenntniß der Arbeitgeber mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung ja der eigenen Arbeitsordnungen. Gewisse Arbeitgeber seien zudem direkt böswillig.

Die Diskussion wird geschlossen.

Das Schlußwort erhält

Abg. **Singer** (Soz.): Wir werden auch für die Anträge Bassermann und Trimborn stimmen, abgesehen von dem Theil des letzteren, der sich mit den Gewerbegerichten selbst beschäftigt. Das werden uns wohl auch die Herren vom Zentrum zugeben, daß, je mehr wir hier im Reichstage die Sozialreform fördern, in den Einzellandtagen, wo das egoistische Unternehmerthum auf Grund der elenden Wahlsysteme herrscht, diesen Bestrebungen entgegen gearbeitet wird, daß einfach dann von der Regierung die Einzellandtage gegen den Reichstag ausgespielt werden. (Sehr richtig! links.) Gewerbliche Streitigkeiten kommen auch an kleinen Orten vor, weshalb sollen denn gerade die Interessenten in den kleinen Städten auf den langwierigen Weg vor dem Amtsgericht angewiesen sein? Auch die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die landwirthschaftlichen Arbeiter wünscht das Zentrum nicht, obgleich sich die Landwirthschaft theilweise schon zu einem industriellen Betriebe entwickelt haben. Einen besonderen Horror haben die Herren Trimborn und Andere davor, das Gesinde unter das Gewerbegericht zu stellen. Weshalb sollen aber Leute im hauswirthschaftlichen Dienst anders behandelt werden als Arbeiter, die mit dem Unternehmer einen Vertrag schließen? Oder glauben die Herren, daß auf diesem Gebiet keine Streitigkeiten vorkommen? Nach den Mittheilungen des Mainzer Gewerberichters (die Redner ausführlich wiedergiebt) ist der Nachweis geliefert, daß in den betreffenden Kreisen das Bedürfniß besteht, unter das Gewerbegericht gestellt zu werden. Würde das Zentrum unserer Forderung zustimmen, so würde es sich den Dank weiter Kreise verdienen.

Wenn Herr von Stumm und Herr Hilbeck mit besonderem Nachdruck die Ertheilung des Wahlrechts an das vollendete 20. Lebensjahr bekämpfen, so ist das nackter Klassenstandpunkt, dessen Konsequenz schließlich dahin führen würde, daß man den Arbeitern nur noch die allernothwendigste Nahrung zubilligt, ihnen aber alle Rechte als Staatsbürger vorenthält. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn junge Richter in Militärgerichten sitzen dürfen, bei denen doch wichtigere Dinge als bei den Gewerbegerichten berathen werden, so ist es äußerst ungerecht, wenn man jungen Arbeitern ihr Recht verweigern will, Richter bei den Gewerbegerichten zu werden. Regieren kann man in Deutschland schon mit 18 Jahren, aber wählen darf man nicht! (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch bei dem aktiven und passiven Wahlrecht der Arbeiterinnen liegt ein eigenthümlicher Widerspruch vor. Sie dürfen bei einer Entscheidung über die aus ihrem Arbeitsverhältniß entstehenden Streitigkeiten nicht mitwirken.

Herr von Stumm meint, ihm seien noch keine günstigen Urtheile über sozialdemokratische Beisitzer zu Ohren gekommen. Die Vorsitzenden der Gewerbegerichte bekundeten aber übereinstimmend, daß die Arbeiterbeisitzer während ihrer amtlichen Thätigkeit zum großen Erstaunen der Herren Richter selbst ihre Eigenschaft als Parteileute förmlich abgelegt und sich nur als Richter gefühlt hatten. Das ist das ehrenvollste Zeugniß, was von berufener Stelle den Arbeitern gegeben werden konnte. Die Richter aus den gebildeten Klassen fühlen sich leider zum großen Theil als Parteimänner; anders sind Urtheile, wie sie in der letzten Zeit vorgekommen sind, überhaupt nicht zu verstehen. (Sehr richtig! links.)

Von verschiedenen Seiten ist wieder das hohe Lied von der Mauserung der Sozialdemokratie angestimmt worden. Geben Sie sich aber da nicht allzu großen Hoffnungen hin. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß die Sozialdemokratie einig und entschlossen nach allen Richtungen hin vordringt und daß wir alle Vortheile, die wir durch die soziale Gesetzgebung innerhalb der heutigen Gesellschaft für die Arbeiterklasse erreichen, nur als eine Abschlagszahlung auf noch mehr ansehen.

Noch ein Wort über die Nothwendigkeit der obligatorischen Gewerbegerichte: Es ist erwiesen, daß die kommunalen Behörden selbst auf die dringendsten Bitten der Arbeiter zur Errichtung von Gewerbegerichten sich nicht entschließen; und wenn man endlich dazu schreitet, so kommt es vor, daß die Regierung die Genehmigung des Statuts unendlich lange verzögert, wie das z. B. letzthin in Zeulenroda vorgekommen ist, wo die Regierung das am 29. Juli 1897 eingereichte Statut heute noch nicht genehmigt hat. (Hört! hört! bei den Soz.)

Nothwendig ist ferner, daß die Innungsschiedsgerichte, die der Thätigkeit der Gewerbegerichte jetzt oft im Wege stehen, endlich beseitigt werden, damit die Arbeiter, die das Glück oder Unglück haben, bei Innungsmeistern thätig zu sein, nicht anders behandelt werden, als die übrigen Berufsgenossen.

Die gegen unsere Anträge vorgebrachten Einwendungen sind samt und sonders nicht als ernsthaft zu betrachten. Sie scheitern nur an der [illegible] der herrschenden Klassen, etwas Vernünftiges zu schaffen. Wir aber werden in unserem Bestreben nicht erlahmen,

bis auch in diesem Hause die Vernunft den Sieg errungen hat. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Hitze** (Zentrum) wirft in seinem Schlußwort den Sozialdemokraten vor, daß sie lieber kritisiren, als schaffen. Redner beantragt schließlich die Ueberweisung seines Antrags an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Der Antrag Bassermann wird hierauf mit dem gleichlautenden Theil des Antrags Hitze mit großer Mehrheit angenommen. Der übrige Theil des Antrags Hitze und der Antrag Agster werden an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Etatsberathung beim Reichsamt des Innern.)

Schluß 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Im preußischen Abgeordnetenhause war heute ein sogenannter großer Tag. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der Freisinnigen über die Ausweisungspolitik an der dänischen Grenze, welche Herr von Köller bekanntlich zu so großer Blüthe gebracht hat. Abg. Dr. Barth, der im Reichstage durch unseren Genossen Herzfeld verdrängt worden ist, aber in dem Landtage die Stadt Kiel vertritt, begründete die Interpellation in ganz vortrefflicher Weise. Er suchte von großen Gesichtspunkten aus die kleinlichen Unterdrückungsmaßregeln der Regierung ins rechte Licht zu setzen. Herr von der Recke unternahm es, die Interpellation zu beantworten und seinen Untergebenen von Köller zu vertheidigen. Er that es in der national-chauvinistischen Weise, die man von ihm nur erwarten konnte. Auch sogenanntes Material führte er an. Ist das richtig, was er da sagte, so müßte der Abg. Hansen mindestens einen kleinen Hochverrath begangen haben. Aber das ist jedenfalls nicht der Fall. Der dem Hause angehörende dänischgesinnte Abg. Hansen wies das sofort nach. Die Staatsanwälte lassen sich ja auch in Schleswig keinen Hochverrath gefallen. Aber man hat es nicht gewagt, überhaupt einen Prozeß anzustrengen, so gesetzmäßig verhalten sich die dänischgesinnten Grenzbewohner. Die unerhörte Ausweisung unschuldiger Dienstboten vermochte selbst der Polizeiminister nicht zu rechtfertigen. Von zahlreichen konservativen und nationalliberalen Rednern wurde der Regierung hohes Lob gespendet. Das Zentrum, welches mit der Ausweisungspolitik nicht einverstanden ist, wurde durch Schluß der Diskussion verhindert, seine Meinung zu sagen.

5. Sitzung. Mittwoch, den 25. Januar. — 11 Uhr.

Der Präsident **von Kröcher** eröffnet die Sitzung.

Das Haus beginnt die Berathung der von den Abg. Barth, Brömel (frs. Vp.) und Genossen eingebrachten Interpellation: Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat nach einem öffentlichen Zugeständniß in öfteren Fällen Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Nordschleswig nicht um deswillen angeordnet, weil diese Personen sich lästig gemacht haben, sondern nur zu dem Zwecke, um einen Druck auf die dänischgesinnten Dienstherrschaften auszuüben. Ist es zutreffend, daß Maßregeln dieser und ähnlicher Art aus der Initiative des Oberpräsidenten, Herrn von Köller hervorgegangen sind, und ist die Staatsregierung geneigt, die von dem Oberpräsidenten angeordneten Maßregeln mit ihrer Verantwortung zu decken?"

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Frhr. v. d. Recke sich bereit, die Interpellation zu beantworten.

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vp.): Die politischen Zustände haben sich in den letzten beiden Monaten mehr zugespitzt, als es seit vielen Jahren der Fall gewesen ist. In Nordschleswig wohnen Bürger, die zwar dänisch reden, aber thatsächlich preußische Unterthanen geworden sind. Nun sagt man, in Preßartikeln sei die Losreißung Nordschleswigs von Deutschland gefordert worden. Aber solche Artikeln sind doch nicht ernst zu nehmen. Glauben Sie wirklich, daß Dänemark im Ernst daran denkt, deswegen einen Krieg mit uns zu beginnen? Doch wohl nicht. (Sehr richtig! links.) Es ist einzig und allein von Bedeutung, daß es Preußen resp. Deutschland trotz seiner Riesenmacht seit einem Menschenalter noch nicht gelungen ist, die 170,000 Dänen in Nordschleswig sich zu assimiliren. Selbst wenn es stimmt, daß die dänische Presse, wie von der Regierung behauptet wird, nicht müde wird, die Bevölkerung aufzuhetzen, so bleibt es doch kaum zu verstehen, daß die Schleswiger, die als gesetzliebend und konservativ geschildert werden, in den 35 Jahren noch nicht mehr deutsch geworden sind. Vielleicht sind die Mittel, mit denen die preußische Regierung arbeitet, unzulänglich. Eine Maßnahme wurde z. B. sehr schwer empfunden: das war das Verbot jedes Gebrauchs der dänischen Sprache in der Schule. Aus solchen Spracherlassen hat natürlich die dänische Agitation Kapital geschlagen. Wäre es nicht zweckmäßig, die bisher getroffenen Maßregeln daraufhin zu untersuchen, ob sie ihrem Zweck entsprechen? Der Herr Oberpräsident könnte sich dabei nach dem Beispiel des Herzogs von Alba richten (zur Rechten), auch ein sehr schneidiger Herr (Heiterkeit), der stets sorgfältig überlegte, ob seine Maßregeln klug und wirksam erschienen. Als Herr von Köller in Schleswig war, hat er leider nur die Rolle eines Polizeimanns gespielt und sogar Journalisten gegenüber offen zugestanden, daß er dänische Dienstboten, also politisch ganz unbescholtene Leute, nur ausgewiesen habe, um die dänisch gesinnten Dienstherrschaften zu strafen. Glaubt man denn aber, daß deutsche Dienstboten einen germanisirenden Einfluß auf dänische Herrschaften ausüben, oder ist es nicht wahrscheinlicher, daß die deutschen Dienstboten umgekehrt von den Dänen beeinflußt werden? Jedenfalls werden die Leute verstockt, wenn man sie in so kleinlicher Weise drangsalirt. (Sehr richtig! links.) So besorgt die Ausweisungspolitik der Regierung nun die Geschäfte der dänischen Hetzpresse. Aber dem Deutschthum wird auch geschadet, wenn man Eltern dänischer Nationalität, die ihre nicht mehr schulpflichtigen Kinder auf dänische Hochschulen schicken, mit Zwangsvormundschaft droht. Ueberlegen wir uns doch, wie wir in solchen Fällen handeln. Haben wir nicht Schulvereine, um den Kindern von Deutschen im Auslande ihre Sprache und Nationalität zu erhalten? (Sehr gut! links.) Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark werden freilich durch diese Maßregeln nicht weiter gestört. Aber wenn man die Dänen als Märtyrer erscheinen läßt, so gewinnt das Deutschthum nichts dabei. Die Regierung treibe einen unwürdigen Chauvinismus. (Sehr richtig! links.) Die Aeußerungen der ausländischen Presse über die Ausweisungen sind aber geradezu vernichtend und Minister von Miquel erklärte selbst, daß er sie mit dem Gefühl von Scham gelesen hat. Diese Verschwendung von Staatsenergie in Repressivmaßregeln ist höchst bedauerlich. Was ist denn bei dem Kulturkampfgesetz und dem Sozialistengesetz herausgekommen. Die Macht des Zentrums und der Sozialdemokratie ist dadurch nur gewachsen. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn die Regierung sich endlich von diesem kleinlichen Geiste befreien wollte! (Lebhafter andauernder Beifall links und im Zentrum; andauerndes Zischen rechts.)

Minister des Innern Freiherr **von der Recke** (zu Anfang von wiederholten Rufen „lauter" unterbrochen.) Die Bedenken der Interpellanten richten sich gegen eine besondere Art von Ausweisungen, nicht gegen die Ausweisungen überhaupt. Die Veranlassungen dazu scheinen nicht verstanden worden zu sein. Nichts liegt uns ferner als die fanatische Abstoßung fremder Nationalitäten. Es handelt sich um den Schutz der nationalen Interessen gegen antinationale Bestrebungen, um die Wahrung deutscher Autorität. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn es sich als erforderlich herausstellt, so werden die Maßnahmen von 1888/89 modifizirt werden. Faktum ist aber, daß dort oben Agitatoren groß gezogen werden, die um so gefährlicher sind, als sie sich den Schlingen des Strafgesetzbuches vorzüglich zu entziehen verstehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe dafür viel Material gesammelt und will Jedem, der sich dafür interessirt, Einsicht darein verschaffen. Typisch hierfür ist eine Aeußerung von Hanssen-Apenrade (der Herr Abg. Hanssen ist identisch mit ihm), er wünsche nicht, daß Nordschleswig dauernd deutsch bleibe (Hört, hört! rechts); die Trennung Nordschleswigs von Deutschland sei das Ziel seiner Wünsche. (Hört, hört! rechts. Lachen links.) In dem Organ des Herrn Hanssen werden die jungen Leute auch ermahnt, ihre nationalen Pflichten, ihr Geburtsland und ihre Muttersprache nie zu vergessen. Charakterisch für die Interessen, die man in Dänemark für Nordschleswig hat, ist die Thatsache, daß sich die staatliche Subvention für dänische Schulen von 6000 Kronen im Jahre 1893 auf 300,000 Kronen gesteigert hat. — Ich gebe zu, daß die Maßregeln den Dienstboten gegenüber, soweit sie politisch unschuldig sind, etwas hart sind. Aber so arg ist das nicht. Es sind meist ledige Leute, die an der Grenze herüber und hinüber wandern und ihr Bündel schnüren, wenn sie einen besseren Dienst bekommen. Es handelt sich nicht um eine Landesverweisung, sondern nur um eine Dienststellenverweisung. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Maßregel sehr heilsam war. Namens der königlichen Staatsregierung habe ich die Erklärung abzugeben, daß sie die von dem Präsidenten von Köller ergriffenen Maßregeln, die in der Interpellation näher angegeben sind, vollkommen billigt. (Beifall rechts.) Die Bestrebungen der königlichen Staatsregierung zu unterstützen, ist meines Erachtens eine Ehrenpflicht des preußischen Landtages. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Widerspruch im Zentrum und links.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. **Bachmann** (nat.-lib.) die Besprechung der Interpellation. Das Haus beschließt demgemäß.

Kultusminister Dr. **Bosse**: Als ich im Jahre 1892 das Ministerium übernahm, fand ich die Oberpräsidialverfügung von 1888 bereits vor. Die Beschwerden darüber veranlaßten mich, Untersuchungen über den Erfolg der Verfügung anzustellen, die mich davon überzeugten, daß keine Ursache vorliegt, sie abändern zu lassen. Selbstverständlich halte ich es für kein Unglück, wenn in Nordschleswig in manchen Dörfern dänisch gesprochen wird. Deutschland ist stark genug, um das zu ertragen. Aber die Schulen dürfen nicht eine Agitation verstärken, die sich gegen unser Vaterland und unser Volk richtet. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Bachmann** (natl.) spricht sich für die Beibehaltung der Verfügung aus.

Abg. Graf **Moltke** (freikons.): Wir danken der Regierung dafür, daß sie so energisch vorgeht. Die Bevölkerung in Nordschleswig zieht sich immer mehr von den Freisinnigen zurück. (Abg. Richter: „Sie sind ja dort schon mal durchgefallen." Heiterkeit.) Wir werden die nationale Flöte nicht eher aus der Hand geben, bis auch die Herren auf der Linken sich an ihren Klang gewöhnt haben. Ich spreche im Namen meiner politischen Freunde der Regierung meinen Dank aus, daß sie uns in schwerer Stunde nicht im Stich gelassen hat. Wir sind Deutsche und wollen es bleiben. Deutschland, Deutschland über Alles, wenn es treu zusammenhält!

Finanzminister Dr. **Miquel**: Meiner Ueberzeugung nach ist erwiesen, daß die Regierung ihr Vorgehen nicht zu bedauern braucht. Wir wünschen mit der dänischen Regierung in Frieden zu leben und hoffen, diese Debatte wird dem Auslande zeigen, daß gegen Angriffe, die auf die Gesammtheit der Nation und die Integrität des Reiches und Preußens gerichtet sind, heut alle Deutschen einig sind. (Beifall.)

Abg. **v. Bülow-Rothkamp** (kons.) dankt der Regierung für ihr Vorgehen.

Abg. **Munckel** (frs. Vp.): Die Majorität des Volkes ist bei dieser Interpellation nicht auf Seiten der Mehrheit des Hauses. Wir finden die Ausweisungen weder praktisch noch klug. Früher hieß es: „Der Starke weicht muthig zurück." Heut heißt es: „Der Starke geht tapfer vorwärts." Das heißt, wenn es mit absoluter Gefahrlosigkeit verbunden ist. (Beifall links. Lachen rechts.)

Abg. **Friedberg** (natlib.): Ob die Ausweisungen den erwarteten Erfolg haben werden, weiß ich nicht. Aber die Haltung der Freisinnigen hat das Schwert der Regierung von vornherein stumpf gemacht. Wir halten es nicht für richtig, daß man der nationalen Regierung bei solchen Maßnahmen in den Rücken fällt. (Abg. Richter ruft zweimal: zur Ordnung. Glocke des Präsidenten.) An der Erwerbung Schleswig-Holsteins hat der Liberalismus nächst dem unvergeßlichen Bismarck ein großes Verdienst. Er würde es aber einbüßen, wenn er die zur Erhaltung des Deutschthums nothwendigen Maßregeln verwerfen wollte. (Beifall rechts.)

Abg. **Hansen**-Apenrade (Däne): Was hier gegen mich gesagt wurde, sind aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerungen. Obgleich das deutsche Strafgesetz in Nordschleswig sehr streng gehandt habt wird, sind sehr wenig Bestrafungen vorgekommen. Seit 1891 waren 5 Prozesse gegen Redakteure, von denen 2 mit Freisprechung endeten. Mit welchem Recht spricht man hier von Hochverrath, Verletzung des Eides auf die Verfassung ꝛc.? Wie schreiben denn unsere Gegner über uns? Ich erinnere nur an den geschmackvollen Vorschlag, den dänischen Redakteuren einen Stein um den Hals zu hängen, um sie zu ertränken. (Heiterkeit.) Redner führt noch ähnliche Beispiele an. — Dann würde über die dänische Agitation gesprochen, besonders über die jenseits der Grenzen. Wenn die Beamten sich aber eines anständigen Tones gegen die Dänen befleißigten, könnte die Agitation keinen Boden finden. Die dänischen Vereine fordern nicht die Losreißung Schleswigs, sondern nur die Erhaltung der dänischen Sprache. Das ist nichts Ungesetzliches. Die Dänen stehen auf dem Boden der Verfassung. Sie wollen ihre Pflicht erfüllen gegen Preußen und das Reich.

Geheimrath **Holz** sucht aus den Verhandlungen einer Anzahl Vereine nachzuweisen, daß ihre Agitation einen politischen Charakter habe.

Abg. **Jürgmann** (natl.) pflichtet dieser Behauptung bei und findet, das Verhalten des Herrn Hanssen vertrage sich nicht mit den Pflichten eines auf die Verfassung vereidigten Abgeordneten.

Darauf wird die Besprechung gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen geschlossen. — Die Interpellation ist damit erledigt.

Abg. **von Strombeck** (Zentr.) stellt fest, daß er sich zum Wort gegen die Ausweisungspolitik gemeldet habe, aber durch den Schluß verhindert worden sei, seine Gründe vorzulegen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Zweite Etatsberathung.)

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion ist der Antrag im Reichstage eingebracht worden, unter die Kategorien bez. der Gefährdung von Eisenbahntransportwagen auch die elektrischen Straßenmotoren einzurechnen und demgemäß die betreffende Bestimmung des Strafgesetzbuches zu ändern.

Partei-Angelegenheiten.

Sein Mandat niedergelegt hat der belgische Abgeordnete Genosse Vandervelde zu Gunsten des Anarchisten Moineau. Es handelt sich um eine Demonstration. Moineau, ein Offizier, der Anarchist geworden war, legte, um die Aufmerksamkeit der regierenden Klassen auf die anarchistische Theorie zu lenken, in Lüttich eine Bombe nieder. Dafür wurde er zu 25 Jahren Galeerenstrafe verurtheilt. Es ist jetzt eine bedeutende Bewegung zu Gunsten der Amnestie für Moineau und aller politischen Verurtheilten entstanden, der Vandervelde durch seine Mandatsniederlegung eine noch größere Wirkung zu verleihen hofft. Moineau ist natürlich unwählbar und nachdem seine Wahl erfolgt und von der Kammer kassirt sein wird, kann Vandervelde wieder kandidiren.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in der sächsischen Ober-Lausitz hat, wie man uns schreibt, die Sozialdemokratie recht erfreuliche Erfolge errungen. Eine vollständige Uebersicht der einzelnen Resultate liegt zwar nicht vor, aber die Berichte aus zwanzig Orten (zumeist aus dem ersten sächsischen Reichstags-Wahlkreise Zittau) zeigen, daß die Sozialdemokratie in jener Gegend überall festen Fuß gefaßt hat. In Bertsdorf bei Zittau gelang es unseren Parteigenossen, ihre sieben Kandidaten in allen Klassen durchzubringen. Gewählt wird in allen Gemeinden nach einem Klassenwahlsystem; in einigen Orten besteht sogar noch eine Art Ständevertretung derart, daß die Gutsbesitzer, die Gärtner (Bauern, die kein Vieh besitzen), die Hausbesitzer, die Arbeiter u. s. w. besondere Vertreter wählen. Trotzdem gelang es uns z. B. in Lückendorf bei Zittau, in der Klasse der Gutsbesitzer durchzubringen, indem dort unser Vertrauensmann, Gutsbesitzer Richter, gewählt wurde, außerdem natürlich Vertreter für die Unansässigen. In Markersdorf brachten wir in der Klasse der Hausbesitzer zwei Vertreter und den Vertreter der Unansässigen durch. In Großschönau, einem großen Industriedorfe, wo die Nationalliberalen einen unglaublichen Druck gegen die sozialdemokratischen Arbeiter ausüben, gelang es uns, und zwar zum ersten Male, drei Vertreter in den Gemeinderath zu bringen. Ferner ist unsere Partei durch ein oder mehrere Mitglieder in Jonsdorf, Wallersdorf, Reichenau, Wittgendorf, Olbersdorf, Altstadt, Hörnitz, Hirschfelde, Rohnau, Oberleutersdorf, Hainewalde, lauter Orte im ersten sächsischen Wahlkreis, sowie Alt- und Neu-Gersdorf, Ebersbach, Eibau, Spremberg (zweiter Wahlkreis) und Seidau bei Bautzen (dritter Wahlkreis) vertreten.

Arbeiterbewegung.

In der Bronzewaaren- und Kronleuchterfabrik von K. M. Seifert in Dresden haben 68 Mann wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Den dänischen Maschinenarbeitern droht eine umfangreiche Aussperrung. Die Arbeiter der Eisengießerei Titan in Kopenhagen liegen mit der Firma in Differenzen; der Verein der Unternehmer droht mit Aussperrung aller Arbeiter. Etwa 30 bis 40 000 Arbeiter würden betroffen.

Der Textilarbeiterstreik bei der Firma R. Gutfeld in Berlin ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

In der Eisengießerei der Firma Thiele u. Lindner in Alt- und Neu-Gersdorf (Sachsen) haben 46 Former wegen verschiedener Mißstände die Arbeit niedergelegt.

In der Metallwaarenfabrik von Th. Drigalski in Berlin haben sämmtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, da die ohnehin mäßigen Akkordpreise weiter herabgesetzt worden sind bezw. werden sollten.

Von sieben Metallarbeiter-Konferenzen, die am 15. Jan. stattfanden, erklärten sich fünf für und zwei gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Aus aller Welt.

Eine blutige Eifersuchtstragödie hat sich am Dienstag in früher Morgenstunde in St. Pauli (Hamburg) abgespielt. Der 32jährige Maurergeselle Hugo Oertel unterhielt schon seit längerer Zeit ein Liebesverhältniß mit der 38jährigen Ehefrau des Wirthes Garrn. Letztere wollte aber seit Kurzem nichts mehr von ihm wissen; als Oertel nun in der Nacht zum Dienstag wieder in der Garrn'schen Wirthschaft erschien, seine Bitten, sich wieder mit ihm auszusöhnen, von Frau Garrn aber unberücksichtigt blieben, entfernte er sich, begab sich in seine Wohnung und holte einen geladenen Revolver. Dann kehrte er in die Wirthschaft zurück. Inzwischen hatte sich Frau Garrn aber in das nahegelegene Muchow'sche Lokal begeben, wo sie tanzte. Auch hier erschien Oertel, forderte seine frühere Geliebte auf, auch mit ihm zu tanzen, und als sie sich weigerte, zog er in blinder Eifersucht blitzschnell den Revolver hervor und feuerte einen Schuß auf die Ahnungslose ab, die, in die rechte Schläfe getroffen, mit lautem Aufschrei zu Boden sank und nach wenigen Minuten ihren Geist aufgab. Unmittelbar nach dem ersten Schuß, bevor sich die lustige Tanzgesellschaft von dem Schreck erholt hatte, krachte wieder ein Schuß und Oertel, der die Waffe gegen seine Stirn gerichtet hatte, wälzte sich, tödtlich verletzt, in seinem Blute am Boden. Der sofort requirirte Arzt konnte nur den inzwischen eingetretenen Tod der Frau Garrn konstatiren, ihre Leiche wurde in das Kurhaus gebracht, ebendahin brachte man auch den Mörder.

Eisenbahnunglück. Auf Bahnhof Beeskow fuhr Dienstag früh ein von Grunow kommender Arbeitszug in Folge falscher Weichenstellung in das zum Lokomotivschuppen führende Geleise ein, fuhr sodann, ohne zum Halten zu kommen, auf zwei in dem Lokomotivschuppen stehende Lokomotiven auf und durchbrach die Giebelwand des Schuppens. Alle drei Lokomotiven einschließlich der Zug-Lokomotive entgleisten und wurden beschädigt; ebenso wurden drei Kieswagen zertrümmert. Der Hilfsheizer Meißner aus Beeskow wurde getödtet.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 26 Januar 1899.

* **Die Wohnungsverhältnisse** in Breslau gehören mit zu den ungünstigsten im Reiche. Nach dem „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte" kommt dem normalen Verhältniß, daß nur 1—5 Familien in einem Grundstück wohnen, Lübeck mit 95 Prozent am nächsten, dann folgen Köln mit 84 Prozent, Mannheim 65, Halle 59, Hamburg 58, Frankfurt a. O. 54, Liegnitz 51, München 43, Dresden 34, Charlottenburg 33, Breslau 24 und Berlin 16. Breslau ist eine von den Städten, in denen sich die Grundstücke mit normaler Wohnungszahl vermindert haben; ferner genießt Breslau den zweifelhaften Vorzug, nächst Berlin die meisten Miethskasernen mit mehr als 20 Wohnungen zu besitzen.

Die Gesammtzahl der zu Wohnungen dienenden Gebäude betrug nach der Zählung vom 2. Dezember 1895 in Breslau: 9981, gegen 1890 ein Zuwachs von 510 Bauten oder 5,4 Prozent. Auf jedes bewohnte Haus kamen 1890: 36,87 Einwohner, 1895: 38,49. Höhere Bewohnerzahlen zeigen in Deutschland nur: Posen (39,34), Charlottenburg (40,43) und Berlin (57,50).

Von je tausend Grundstücken tragen in Breslau eine Wohnung 53, zwei Wohnungen 46, drei 43, vier 42, fünf 51, 6 bis 10 Wohnungen: 219, 11—15 Wohnungen: 204, 16—20 Wohnungen: 158, 21—30 Wohnungen: 149, über dreißig Wohnungen: 35. Von je tausend Grundstücken werden in Breslau 105 von 1—10 Personen bewohnt, 115 von 11—20 Personen, von 21—30 Personen: 118, von 31—40: 115, von 41—50 Personen: 113, von 51 bis 75 Personen: 223!, von 76—100 Personen: 125, von 101—150 Personen: 72, von 151—200: 9, von 201 bis 300: 3 und je 2 Grundstücke unter 1000 zählen mehr als 300 Bewohner.

Unter je tausend Wohngebäuden Breslaus sind nur 7 einstöckig (mit Kellerwohnung), dagegen 233 vierstöckig, 547 fünfstöckig! und 54 sechsstöckig und drüber hinausgehend. In der Gesammtzahl besitzt Breslau Wohngebäude mit 1 Stockwerk: 946, mit 2 Stockwerken 1477, mit 3 Stockwerken: 1588, mit 4 Stockwerken: 2643, mit 5 und mehr Stockwerken aber 3373! Nur Berlin zeigt in dieser Hinsicht ähnliche traurige Verhältnisse.

* **Ein sozialer Nothstand.** Einen Bericht über die Unterbringung der Kinder von Wanderarbeitern hat, wie wir erfahren, der Regierungspräsident in Marienwerder eingefordert, weil es vorgekommen sei, daß diese sogenannten „Sachsengänger" ihre Kinder während ihrer Abwesenheit zu Leuten in Pflege geben, die weder für die körperliche noch sittliche Entwickelung der Kinder sorgen. — Vielleicht giebt man sie besser zum „Gutsherrn" in Pflege, wo durch Arbeit für ihre „körperliche und sittliche Entwickelung" gesorgt würde.

* **Zur Briefbestellung in Breslau.** Das korrespondirende Publikum wird seitens der kaiserlichen Ober-Post-Direktion von Neuem ersucht, zur Erleichterung des Vertheilungsgeschäfts und zur Beschleunigung der Briefbestellung in Breslau in den Aufschriften der dahin bestimmten Briefsendungen hinter der Angabe des Bestimmungsorts stets die Nummer der Postanstalt zu vermerken, durch welche der Empfänger seine Briefschaften zugestellt erhält.

Die Nummer des Bestellpostamts ist mit römischer Ziffer anzugeben, damit Verwechselungen mit der zur Wohnungsangabe gehörigen, mit arabischer Ziffer vermerkten Hausnummer ferngehalten und dadurch Fehlleitungen verhindert werden.

Im Weiteren wird den in Breslau wohnhaften Briefempfängern empfohlen, den mit ihnen in schriftlichem Verkehr stehenden Personen die Nummer ihres hiesigen Bestellpostamtes mitzutheilen und letztere am Kopfe der Briefe, Rechnungsformulare u. s. w. handschriftlich oder durch Druck ersichtlich zu machen.

Nicht rathsam ist es, bei der Nummerangabe sich nach der im Aufgabestempel eines Briefes 2c. aus Breslau enthaltenen Nummer der Einlieferungs-Postanstalt zu richten, da die Aufgabe der Briefsendungen nicht selten bei einem anderen als demjenigen Postamte erfolgt, von welchem aus der Absender seine Postsachen im Wege der Bestellung oder Abholung empfängt.

In den Schalterhallen der Breslauer Postanstalten, sowie der übrigen Postanstalten in der Provinz Schlesien und der Postämter an größeren Orten außerhalb Schlesiens sind Verzeichnisse ausgehängt, aus denen ersichtlich ist, zu welchen Bestellpostämtern die einzelnen Straßen und Plätze der Stadt Breslau gehören.

* **Ein internationaler Gauner,** der bei seiner Wirthin auf dem Ketzerberg mehrere Diebstähle verübt hatte, wurde in einem hiesigen Kaffeeausschank festgenommen. Derselbe ist der unter dem Spitznamen „Franzose" bekannte Konditor Daniel Riehl, der auch in Frankreich, Italien und der Schweiz Gaunereien verübt haben soll; verhaftet wurde ferner der Kellner Paul Knauer, welcher einen gestohlenen Ueberzieher im Werthe von 100 M. versetzt hatte. Beide Diebe dürften an den zahlreichen Ueberzieherdiebstählen der letzten Zeit starken Antheil genommen haben.

* **Feuer.** Dienstag Abends gegen 10 Uhr entstand auf unermittelte Weise Feuer im zweiten Stock des Hauses Christophoriplatz 6. Es brannten in einer Wohnung ein Wäscheschrank, 3 Polsterfessel, ein Regulator, ein Spiegel mit Tisch, die Gardinen, ein Teppich, einige Bilder, die Fensterrahmen und die Dielung. Die Löschung erfolgte mit einigen Eimern Wasser. — Kurz nach der Rückkehr der Wachen um 10½ Uhr brannten im Erdgeschoß des Hauses Ohlauerstraße 61 in einer Räucherkammer einige Speckseiten und der Glanzruß im Schornstein. Infolge zu starken Schmauchens war Fett von den Speckseiten in die Sägespähne getropft, sodaß dieselben hochauf brannten und die Speckseiten entzündeten. Auch hier wurde das Feuer mit einigen Eimern Wasser gelöscht. Der Schornstein brannte, von der Feuerwehr beaufsichtigt, aus.

* **Selbstmord.** Als am 25. d. M. Abends ein Motorwagen die Gräbschnerstraße entlang fuhr, warf sich gegenüber dem Kinderheim ein unbekannter Mann auf die Schienen und wurde von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen geschleift. Er erlitt, wie im Krankeninstitut der barmherzigen Brüder, wohin er alsbald gebracht worden war, festgestellt wurde, eine Zerquetschung des linken Armes, einen Bruch des rechten Armes, Schlüsselbeinbrüche, Rippenbrüche und schwere Kopfverletzungen. Diesen schweren Verletzungen ist er bald erlegen. Der etwa 40 Jahre alte Mann war ärmlich gekleidet. Der Verstorbene ist mittelgroß, hat grauen Schnurrbart und war mit braunem Ueberzieher und schwarzem Jacket, schwarzer Weste, grauen Hosen, blauem Halstuch, wollenem Hemd, braunen Socken und Schnürschuhen bekleidet. Der Name des Mannes ist noch nicht ermittelt.

* **Schwere Körperverletzung.** Zu dem Bericht über eine traurige Familienszene wird noch gemeldet: Als ein auf der Sedanstraße wohnender Arbeiter am 24. d. Mts. Nachmittags in angetrunkenem Zustande nachhause kam, begann er mit seiner Frau Streit und brachte ihr mit seinem Taschenmesser Stichwunden am Kopf und an der rechten Achsel bei. Die Frau flüchtete in die Wohnung eines auf demselben Flure wohnenden Arbeiters und wurde dort ohnmächtig. Ein Arzt legte ihr Verbände an und stellte fest, daß die Wunden nicht lebensgefährlich seien. Der Mann der verwundeten Frau wurde festgenommen. Er hatte seine Frau schon wiederholt bedroht.

* **Eine Revolution auf technischem Gebiete** verspricht sich ein Breslauer Erfinder, Landmesser Hein, von seiner bereits in vielen Ländern zum Patent angemeldeten Erfindung, Kraft auf einem fast kostenlosen Wege hervorzurufen. Durch Wasserdruck geschaffene Luft ersetzt Kohle, Dampf, Gas, Elektrizität und soll doch Kraft in jeder Stärke und zu jedem Zwecke zu ganz minimalem Preis liefern. Dasselbe Wasser, welches Kraft erzeugt, soll durch einen Theil dieser Kraft wieder zu neuer Thätigkeit zurückbefördert werden. Das wäre eine Art perpetuum mobile. Wir wollen das Urtheil über die Verwendbarkeit der Erfindung und die hieran zu knüpfenden Hoffnungen dem Kreise hervorragender Fachmänner überlassen, der in nächster Zeit zu einer Vorführung des Modells auch hier in Breslau geladen werden wird.

* **Fastnachtskränzchen.** Die hiesige Filiale der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (Eingeschr. Hilfskasse 29), welche mit über 60,000 Mitgliedern eine der größten Krankenkassen Deutschlands ist, veranstaltet Sonnabend, den 28. Januar cr. im großen Saale des Breslauer Konzerthauses, Gartenstraße, ein Fastnachtskränzchen. Der Reinertrag wird den ausgesteuerten Mitgliedern, welche noch erwerbsunfähig und in bedürftiger Lage sind, überwiesen. Im Interesse der guten Sache ist zu wünschen, daß die Betheiligung an dem Feste von Seiten der Mitglieder und deren Freunde eine recht zahlreiche ist. (Siehe heutiges Inserat.)

* **In der Höfchenstraße** wurde Mittwoch Abend in der siebenten Stunde der Mensch verhaftet, der seit einiger Zeit in den Häusern jener Gegend junge Damen thätlich belästigt hat. Der etwa 19jährige Mensch heißt Wildmeister und wohnt Vorwerksstraße.

* **Gestohlen** wurden der vier Jahr alten Tochter eines Angebers auf der F...straße durch ein 12 Jahre altes Mädchen die goldenen Ohrringe mit blauen Steinchen. Die unbekannte Diebin trug ein schwarz- und weißkarirtes Kleid.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängniß wurden am 24. d. Mts. 32 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, ein goldenes Medaillon, eine Damenuhrkette, ein Commerzbuch, ein Beutel mit Schulsachen, vier Meter Fries mit Zwischenspitzen und ein langschäftiger Stiefel. — Verloren wurden: zwei Portemonnaies mit 21 und 24 bezw. 53 und 60 Mark, ein ledernes Täschchen mit 15 Mark, ein vierreihiges Korallenarmband und ein Tischläufer.

Schmiedeberg i. R., 24. Januar. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall, dem leider in seinem Anfange ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich, nach dem „Boten a. d. R." vor wenigen Tagen in Steinborwerk. Die Frau des Waldarbeiters Finger war mit der Bereitung des Abendbrotes beschäftigt und hatte einen Topf mit Milch über das Feuer gestellt. Während die Frau nun noch einen kleinen Besorgung im Stalle nachging, griff die Milch ins Kochen und um dem Ueberlaufen derselben vorzubeugen, wollte der älteste Knabe den Topf vo der Herdplatte wegnehmen. Dabei aber vergoß er den Inhalt und verbrühte mit der kochendheißen Flüssigkeit seinen neben ihm stehenden zweijährigen Bruder derart, daß der Bedauernswerthe unter den gräßlichsten Schmerzen am anderen Tage verstarb.

Coslau, 23. Januar. **Epidemie.** In dem Dorfe Pohlom herrscht, dem „Oberschl. Tageblatt" zufolge, Diphtheritis unter den Kindern in erschreckender Weise; es ist kaum ein Haus von der Krankheit verschont; täglich werden 3 bis 4 Kinder beerdigt.

Niesky O.-L., 25. Januar. **Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich gestern Abend auf dem hiesigen Bahnhofe. Der Monteur Wasner aus dem benachbarten Neuhof wollte, um einen größeren Umweg zu ersparen, sich vom Bahnhofsgebäude aus direkt über den Schienenweg nach Hause begeben. In diesem Augenblick wurde er von der Maschine des um 8¼ Uhr hier durchfahrenden Güterzuges erfaßt; beide Beine wurden ihm bis zum Knie und die rechte Hand abgefahren. Außerdem wurde ihm noch der rechte Arm bis zum Ellbogen vollständig zermalmt. Trotz dieser furchtbaren Verletzungen war der Verunglückte bei vollem Bewußtsein und gab auf Befragen an, daß er den Zug nicht gesehen habe.

Laurahütte, 24. Januar. **Entsetzlicher Unglücksfall.** Der auf der hiesigen Hütte beschäftigte Maschinenwärter Wallach von hier verunglückte nach der „Kattow. Ztg." heut Nachmittag auf schreckliche Weise. Derselbe gelangte auf bisher nicht aufgeklärte Weise in den Kanal des Ventilators und wurde vom Getriebe erfaßt. Als man die Maschine einstellte, war von dem Verunglückten nur eine unkenntliche Masse vorhanden.

Zaborze, 25. Januar. **Grubenunfall.** Auf dem Carnallschacht der Königin Luise-Grube-Westfeld wurde heute Nachmittag der vor Ort arbeitende Bergmann Wolany aus Paulsdorf von herabfallenden Kohlenmassen erschlagen. Der Leichnam wurde nach der Leichenhalle des hiesigen Knappschaftslazareths geschafft.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. Januar. **Zum Attentatsschwindel** wird der „Voss. Ztg." aus **Kairo** gemeldet, daß die wegen angeblichen Bombenattentats verhaftet gewesenen Italiener mittlerweile ausnahmslos entlassen worden seien, da sich jeder Verdacht als unbegründet erwiesen hat. Die Leute scheinen nicht einmal Anarchisten zu sein.

Brüssel, 25. Januar. **Entgleist.** Der internationale Eisenbahnzug Ostende—Wien entgleiste heute Nachmittag auf dem Bahnhofe Berchem bei Brüssel. Die Lokomotive und zwei Wagen kamen aus dem Gleise. Der Lokomotivführer, der Heizer und einige Reisende erlitten Verletzungen.

Standesamtliche Nachrichten.

Heiraths-Ankündigungen. II. Drechsler Carl Jänsch, Vorwerksstr. 15, und Martha Gärtner, Höfchenstr. 7. — Hausbesitzer Robert Winter, Klosterstr. 40, und Gertrud Kampe, Klosterstr. 77. — Droschkenkutscher Franz Volkmer, Tauentzienstr. 44a, und Maria Kaczmarek, Klosterstr. 12. — Schuhmacher Gustav Neumann, Neue Tauentzienstr. 77, und Johanna Siegel, Moritzstr. 17. — Buffetier Richard Schölzel, Bohrauerstr. 48, und Martha Herbich, Vorwerksstraße 86. — Fraiser Ernst Mulitza, Neue Tauentzienstr. 22, und Hedwig Gromotka, Vorwerksstr. 43. — Schlosser Reinhold Arbeiter, Margarethenstr. 13a, und Wanda Scholtz, Klosterstr 50.

Eheschließungen. II. Maurer Hermann Deumlich, Mauritiusplatz 3, mit Marie Föniger, Ohlauer-Stadtgraben 26. — Kaufmann Otto Pfefferkorn, Sadowastr. 9, mit Margarethe Uhlemann, hier. — III. Kaufmann Otto Schmelt, Enderstr. 19, mit Jenny Finster, Enderstr. 20. — Motorwagenführer August Folgner, zu Gräbschen, Kr. Breslau, mit Maria Klein, Monhauptstr. 3. — Tischler Albert Peuser, Roßstr. 3, mit Christiane Ernst, geb. David, Adolfstr. 1.

Geburten. I. Buchhalter Alexander Waldmann, Tochter. — Kutscher Robert Schikora, T. — Hausirer Hermann Oschinsky, S. — Schlosser Alfred Birkner, S. — Kassendiener August Kruppe, S. — Kaufmann Walter Kaempf, S. — Schneidermeister Marcus Przibilla, S. — Tischler Wenzel Schwarzer, Sohn. — Expedient Richard Schmidt, T. — Arbeiter Carl Krei, S. — II. Schlosser-Paul Wohlfahrt, T. — Tischler Carl Polke, S. — Arbeiter Paul Rieger, Tochter. — Kutscher Ernst Cztoka, S. — IV. Malermeister Richard Förster, T. — Tapezierermeister Rudolf Ratzke, S. — Schuhmacher Josef Wirth, S. — Schuhmacher Carl Burkert, S. — Geprüfter Locomotivheizer Richard Pohl, T. — Arbeiter August Langner, T. — Tischlermeister Paul Funke, T. — Malermeister Max Zander, S. — Kaufmann Salomon Landsberger, S.

Todesfälle. I. Hertha, T. d. Kaufmanns Siegfried Durra, 19 T. — Schuhmacher Franz Szczygiel, 37 Jahre. — Landwirth Rudolf Schäfer, 31 Jahre. — Fritz, Sohn des Stellmachers Franz Polczykowski. — Wittwe Hedwig Effenberg, geb. Buchwald, 71 J. — Elsbeth, T. d. Schneidermeisters Robert Otte, 3 J. — Helene, T. d. Straßenbahn-Condukteurs Julius Müller, 3 M. — Frieda, T. d. Fleischers Robert Niebisch, 4 M. — Früh. Buchbindermeister Albert Franz, 57 J. — Arbeiter Carl Hoffmann, 55 J. — Elsbeth, T. d. Kellners Max Halm, 4 M. — Eduard, S. d. Kaufmanns Walter Kaempf, 4 Std. — Buchdrucker Paul Noack, 28 J. — III. Näherin Anna Thasler, 26 J. — Verw. Mühlenbesitzer Johanna Meese, geb. Gichtez, 55 J. — Arbeiter Josef Gubert, 31 Jahre. — Schuhmachersfrau Marie Adam, geb. Bittmann, 50 J. — Klara, T. d. Arbeiters Bruno Kasseck, 6 M. — Verw. Hauptlehrer Maria Kühn, geb. Haase, 78 J. — Arbeitersfrau Elisabeth Steigemann, geb. Langer, 65 J. — Martha, T. d. Restaurateurs Gustav Zeltsch, 7 M. — Tischlermeister Gustav Scholz, 73 J. — Amanda Preuß, ohne bes. Stand, 40 J. — Lehrersfrau Ida Kugler, geb. Rahner, 36 J. — Auguste Ritter, ohne bes. Stand, 54 J. — Hermann, S. des Weinhändlers Hermann Gräber, 2 M. — IV. Bertha, T. des Arbeiters Wilhelm Knittel, 10 T. — Geschäftsreisender Hermann Menzel, 46 J. — Schlossersfrau Marie Popp, geb. Buchta, 36 J. — Kurt, S. d. Kürschners Carl Puder, 10 Mon. — Hermann, S. des Architekten Friedrich Diesener, 8 Jahre.

Stadt-Theater.
Donnerstag: „Die Geisha".
Freitag: „Lohengrin".

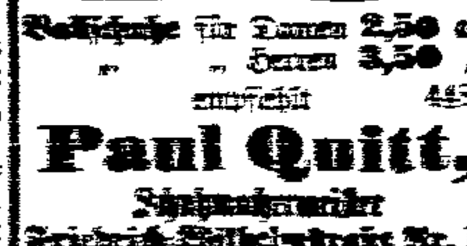
Lobe-Theater.
Donnerstag: „Auf der Sonnenseite".
Freitag: „Auf der Sonnenseite".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Freitag: Gruppe M. 1. Vorstellung: „Die relegirten Studenten".

Deutsches Theater.
Donnerstag: Gastspiel Thea von Gordon „Der Fall Clemenceau".
Freitag: Gastspiel Thea von Gordon Dorf und Stadt.

Volkstheater
Friedrich-Wilhelmstr. 67.
Heute Donnerstag: Die Memoiren des Satans. Lustspiel in 3 Akten.
Morgen Freitag: Prolog.
Hierauf: Was sich die Heloten erzählt. Münchener Schwank in 1 Akt.
Zum Schluß: Die Hochstapler. Lustspiel in 1 Akt.

Elegante Trauer-Hüte
große Auswahl 4443
zu billigsten Preisen
D. Marcus
Ohlauerstraße 52, Ecke u. I. Etg.



Kaloschuhe für Damen 2,50 an
" " Herren 3,50 "
empfiehlt 4450
Paul Quitt,
Schuhmachermeister
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1.

Korkschneider
1 Zuschneider und 2 Maschinenschneider werden sofort dauernd gesucht. Carl X. Hartmann, Berlin S.W., Dresdenerstr. 16.

Frauenfrage und Socialdemokratie
Lily Braun-Gizycki.
Preis 20 Pfg.

Schiesswerder.
Sonnabend, den 28. Januar 1899:

Grosser
Masken-Ball

arrangirt vom
„Arbeiter-Sänger-Bund" Breslau.
Eintrittskarten im Vorverkauf:
Herr incl. Dame 75 Pf., einzelner Herr 60 Pf., einzelne Dame 40 Pf.
An der Kasse: Herr incl. Dame 1.00 Mk., einzelner Herr 75 Pf., einzelne Dame 50 Pf. 4481
Karten sind bei sämmtlichen Mitgliedern, sowie in den durch Plakate kenntlich gemachten Commanditen zu haben.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(E. H. 29).
Sonnabend, den 28. Januar cr., im großen Saale des Breslauer Concerthaus, Gartenstrasse:
Fastnachts-Kränzchen (maskirt und unmaskirt)
zum Besten des Unterstützungs-Fonds.
Um 11 Uhr: Grosse Blumen-Polonaise. 4482
Die Ballmusik wird von der Hauskapelle ausgeführt. Anfang Abends 8 Uhr. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
Entree: Herr incl. Dame im Vorverkauf 60 Pf., einz. Dame 30 Pf.
An der Kasse: Herr incl. Dame 75 Pf., einzelne Dame 40 Pf
Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Socialdemokr. Verein für Breslau u. Umgegend.
Sonntag, den 29. Januar, Nachm. 4 Uhr:
General-Versammlung
im
Kostrowsky's Lokal, Lohestr. 75.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassirers. 3. Neuwahl des Gesammtvorstandes. 4. Statutenänderung. 5. Sonstige Vereinsangelegenheiten.
Zu zahlreichem und pünktlichem Besuch der Versammlung ladet ein Der Vorstand.

Noch zu haben:
Der Neue Weltkalender für 1899
Preis 40 Pfennige
durch die Expedition und Colporteure.

Ludwig Herz
Breslau, Blücherplatz 4
neben der Mohren-Apotheke.

Damen-Gamaschen.
Filz mit Futter, Lederbesatz 3,75 Mk.
Filz mit Futter, Lackbesatz 5,00 "
Weiches Leder 5,00 "
Auf Rand, sehr haltb. 6,50 "
Knopfstiefel, elegant 6,75 "
Schnürstiefel, sehr fest 6,50 "
Filzschnürstiefel, Lederbesatz 3,75 "
Pelzstiefel 9,00

Warme Hausschuhe.
Filzschuhe 1,00 Mk.
mit Ledersohle 1,25 Mk.
Hausschuhe, warm gefüttert mit Lederf. mit hohem Lederbes. 2,00 "
Steppschuhe mit Absatz 2,00 "
Ballschuhe 2,50 "
Lackschuhe 3,00 "
Gummischuhe 1,50, 2,00, 2,50 Mk.

4469
Herren-Stiefel
zweisohlig, glatt fest 7,50 Mk.
elegant, Besatz, Knöpfe 7,50 "
Filz, Lederbesatz, gef. 8,00 "
Rossleder, glatt 8,00 "
Spiegelroß, v. 1 Stück 8,50 "
Filzstiefel 6,00 "
dto. mit Lederbesatz 7,50 "
Kinder-Schuhe.
Filz-Schnürstiefel m. Lederbesatz, Absatz 2,75 Mk.
Filz-Knopfstfl. Pelzbes. 1,35 "
Leder-Knopfstfl. gefütt. 1,50 "
Filzschuhe 0,75, 0,90, 1,00 Mk.
Schuhwerk für empfindliche Füße
Ludwig Herz
Blücherplatz 4.